



PRESSEKONFERENZ

Stadt-Finanzen.

**Explodierende Rechts- und Beratungskosten
im Linzer Magistrat.**

- **Vize-Bürgermeister Mag. Bernhard Baier**
- **Klubobmann Mag. Martin Hajart**

Dienstag, 26. Juni 2018

12.00 Uhr

Presseclub, Club-Galerie

ÖVP Linz: „Keine Trendumkehr erkennbar! Die Finanz-Zukunft der Stadt treibt uns Sorgenfalten auf die Stirn! – Linzer Gesamtschuldenstand beträgt ganze 1,6 Milliarden Euro.“

Alleine Zinsen machen pro Jahr 30 Millionen aus.

Stadt-Vermögen in den letzten 16 Jahren um 773 Millionen Euro geschrumpft.

Anlässlich der bevorstehenden Beschlussfassung zum Rechnungsabschluss 2017 im Gemeinderat am Donnerstag, legt die ÖVP Linz mit voller Transparenz die Fakten zu den krisengebeutelten Stadtfinanzen dar. Da grundsätzlich keine Trendumkehr erkennbar ist, lehnt die ÖVP Linz den Rechnungsabschluss in Teilbereichen ab (Kapitel 9 Finanzwirtschaft und Rechts- und Beratungskosten).

Aktuell ist im städtischen Haushalt nur mehr noch die Hälfte des tatsächlichen Schuldenstandes abgebildet. Wie das passieren kann? Durch die Auslagerung der Schulden in die ILG und die neu gegründete UGL GmbH (Verkauf Linz AG um insgesamt 350 Mio. Euro in Etappen) werden die Zahlen des städtischen Budgets „geschönt“. Tatsächlich beläuft sich der Gesamtschuldenstand der Stadt Linz auf 1,6 MILLIARDEN (!) Euro. Im Schuldennachweis an den Gemeinderat werden aber weniger als die Hälfte, nämlich nur 761 Millionen Euro, ausgewiesen.

Von der Stadt zu tragende Schulden und Zinsen

Ende 2017 betragen die Schulden der Stadt über 1,6 Milliarden Euro.

Eingerechnet sind die Schulden, deren Zinsen und Tilgung aus den Steuereinnahmen der Stadt zu tragen sind.

davon 761 Mio. Euro Kredite und Anleihen (= "offizieller" Schuldenstand),

155 Mio. Euro Kassenkredite (davon 94 für Abgänge und 62 sonstige Kassenkredite),

207 Mio. Euro "Verwaltungsschulden" UGL + Sonstige (ohne AKH); RA 2017 Seite 387)

= außerbudgetäre Schulden für Umfahrung Ebelsberg, Nahverkehrs-drehscheibe, Bäder, Leasing, etc.

465 Mio. Euro für Schulden der ILG und SZL

30 Mio. € Zinsen müssen heuer dafür aufgewendet werden!

2022 wird die Stadt laut Mittelfristiger Finanzplanung

774 Mio. € direkte Darlehensschulden (mit 19,6 Mio. € Zinsen) und

42 Mio. € neuerliche Kassenkredite als Abgangsgemeinde haben.

Fünf große Fragezeichen zur sonstigen Schulden- und Zinsentwicklung für:

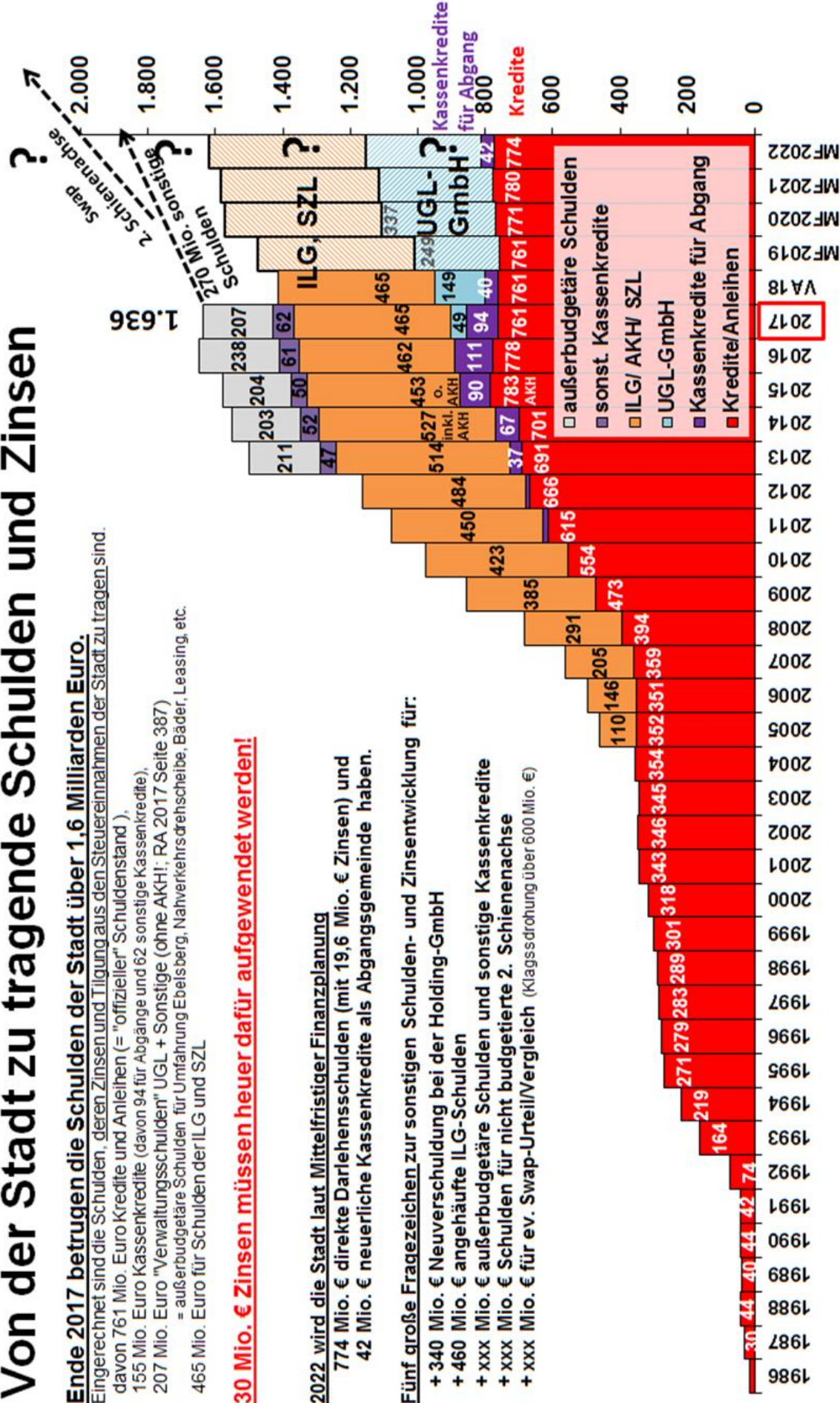
+ 340 Mio. € Neuverschuldung bei der Holding-GmbH

+ 460 Mio. € angehäufte ILG-Schulden

+ xxx Mio. € außerbudgetäre Schulden und sonstige Kassenkredite

+ xxx Mio. € Schulden für nicht budgetierte 2. Schienenachse

+ xxx Mio. € für ev. Swap-Urteil/Vergleich (Klagsschöpfung über 600 Mio. €)



Schuldenentwicklung der Stadt:

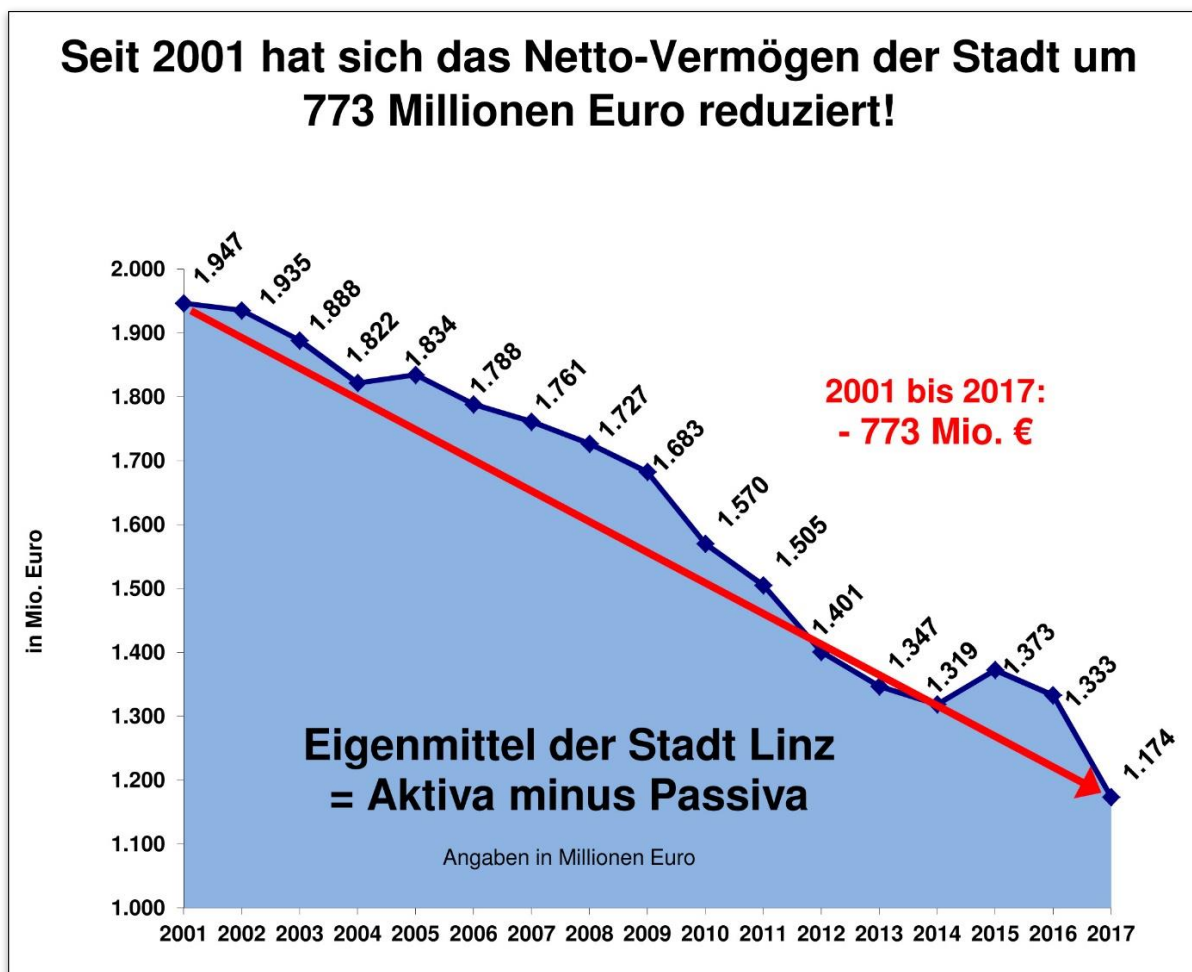
„Eine Übersicht über die gesamte finanzielle Situation fehlt im vorgelegten Rechnungsabschluss leider wieder. Es lässt sich für die Linzer Finanzzukunft damit neuerlich keine Trendumkehr erkennen, das treibt uns die Sorgenfalten auf die Stirn. Statt jährlich 30 Millionen Zinsen zu zahlen, sollten wir besser in die Gestaltung unserer Zukunft und in Mehr an Lebensqualität investieren“, erklärt **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier**. Aktuell sieht es so aus, dass die Zinsen das städtische Budget geradezu auffressen. Schließlich belaufen sich diese (inkl. ILG und UGL GmbH) auf satte 30 Millionen Euro pro Jahr. *„Die Zinsen sind das Hauptproblem des Linzer Budgets.“* Das Tagesgeschäft (laufende Gebarung) ist mit 1,9 Millionen Euro mittlerweile auf unterstem Niveau angekommen.

Auf Antrag der ÖVP wurde der Beschluss gefasst, dass Finanzreferent Luger erstmal 2019 dem Gemeinderat eine Gesamtbudgetdarstellung vorlegen muss.

„In diesem finanziellen Zustand ist die Stadt kaum in der Lage Investitionen aus eigener Kraft zu tätigen“, übt **Baier** neben der Schuldentwicklung auch Kritik am sinkenden Vermögen der Stadt.

Linzer Stadt-Vermögen seit dem Jahr 2000 um 773 Millionen Euro geschrumpft.

Seit dem Jahr 2001 hat sich das Netto-Vermögen der Stadt (Aktiva minus Passiva) um 773 Millionen Euro reduziert. Während es vor 16 Jahren noch 1,9 Milliarden waren, sind es aktuell nur mehr 1,1 Milliarden Euro.



Vermögensrechnung der Stadt Linz																	
Angaben aus den jeweiligen Rechnungsabschlüssen																	
Angaben in Mio. €	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Vermögen Aktiva	2.681	2.432	2.367	2.338	2.253	2.158	2.139	2.140	2.194	2.478	2.482	2.418	2.402	2.417	2.558	2.535	2.303
Vermögen Passiva	-734	-496	-479	-516	-419	-370	-378	-413	-511	-907	-977	-1.017	-1.054	-1.098	-1.185	-1.202	-1.130
Eigenmittel	1.947	1.935	1.888	1.822	1.834	1.788	1.761	1.727	1.683	1.570	1.505	1.401	1.347	1.319	1.373	1.333	1.174
Diff. 2001-2017																	-773

Durch einen Budget-Trick wurde der städtische Abgang im Vorjahr um mehr als 45 Millionen Euro geschönt!

„Was nicht passt, wird passend gemacht? Liest man den Rechnungsabschluss 2017, bestätigt sich dieser Eindruck“, kommentiert **Klubobmann Martin Hajart** einen groben „Fehler“ im Budget 2017. Konkret geht es um drei Budget-Voranschlagsstellen, die als „Sondertilgung“ bezeichnet werden und sich **fälschlicherweise im außerordentlichen Haushalt** des Voranschlages 2017 finden:

- 2.316.900 € im Teilabschnitt 8530 Wohn- und Geschäftsgebäude
- 3.243.600 € im Teilabschnitt 8782 Seniorenzentren der Stadt Linz
- 40.047.000 € im Teilabschnitt 8950 Design Center Linz

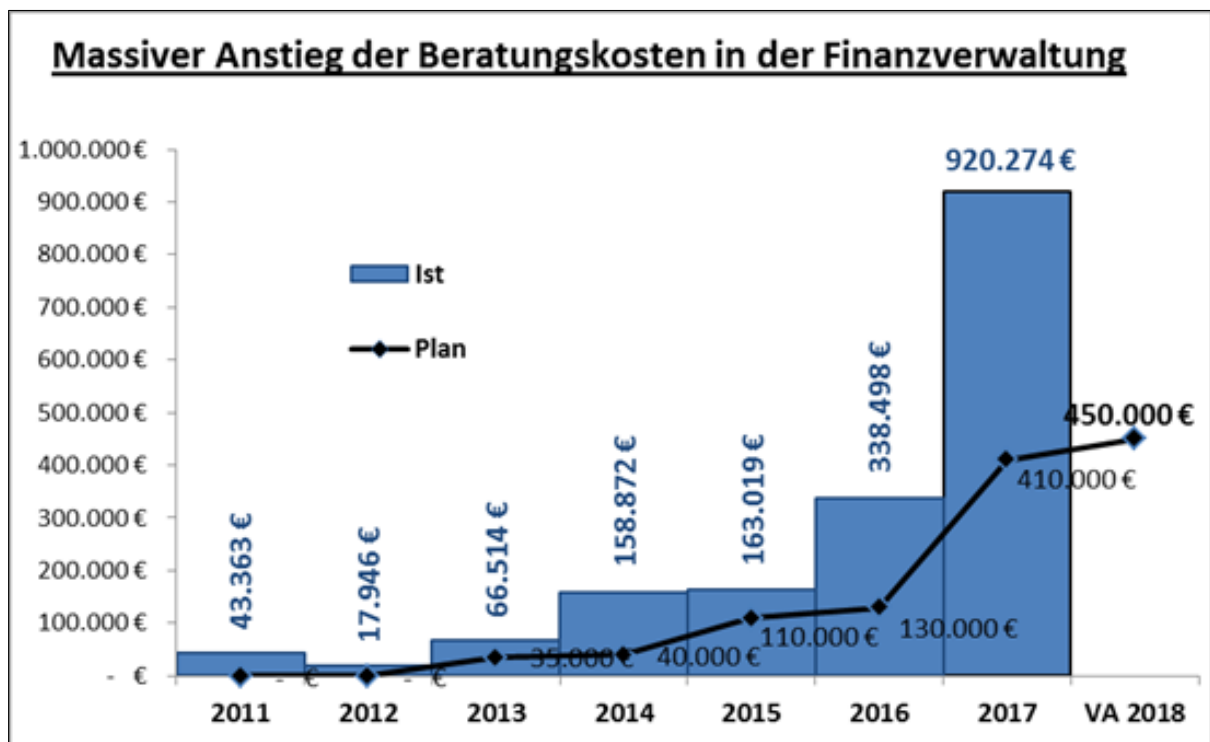
Da der § 4 Abs. 3 VRV 1997 aber eindeutig festlegt, dass *„der Schuldendienst eine ordentliche Ausgabe bildet“*, hat die Stadt Linz einen groben Fehler im Budget-Voranschlag zu verzeichnen: 45,6 Millionen Euro an Ausgaben, die im **außerordentlichen Haushalt** verbucht wurden, müssten den Vorschriften entsprechend als Schuldendienst im **ordentlichen Haushalt** verbucht werden. **Damit wird der ordentliche Haushalt in Linz ins Minus gedreht. Linz wäre damit wieder Abgangsgemeinde.**

„Transparenz sieht anders aus! Der Verdacht liegt nahe, dass der ordentliche Haushalt der Stadt Linz per Budget-Trick geschönt wurde, um die Finanzsituation der Stadt in der Öffentlichkeit besser darzustellen“, so **Hajart**.

Unter Finanzreferent Luger explodieren Finanz-Beratungskosten im Linzer Magistrat! – Alleine im Vorjahr wurde doppelt so viel für Finanz-Beratungskosten (nämlich 920.274 Euro) ausgegeben als budgetiert (nämlich 410.000 Euro).

Auf der Voranschlagstelle 1.900101.642000 „Beratungskosten“ im Geschäftsbereich Finanzen und Wirtschaft („FIWI“) kam es in den letzten Jahren zu einem massiven und auch ungeplanten Anstieg der Kosten. So wurde in den letzten Jahren im Schnitt mehr als doppelt so viel ausgegeben als im Voranschlag vorgesehen war.

Konkret wurden im Vorjahr von der Finanzverwaltung für Beratungskosten statt budgetierten 410.000 Euro tatsächlich 920.274 Euro ausgegeben. Damit lagen 2017 die Beratungskosten 22 Mal so hoch als im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2013.



Die ÖVP verlangt daher von Finanzreferent Luger Aufklärung, wofür diese enormen Finanz-Beratungskosten verwendet wurden:

Wir wollen wissen, an wen und für was die Beratungskosten von 338.498 Euro im Jahr 2016 und 920.274 Euro im Jahr 2017 bezahlt wurden bzw. was mit den heuer budgetierten 450.000 Euro passieren soll? In Summe geht es um 1,7 Millionen Euro an Beratungskosten im Finanzressort für drei Jahre (2016, 2017 und 2018).

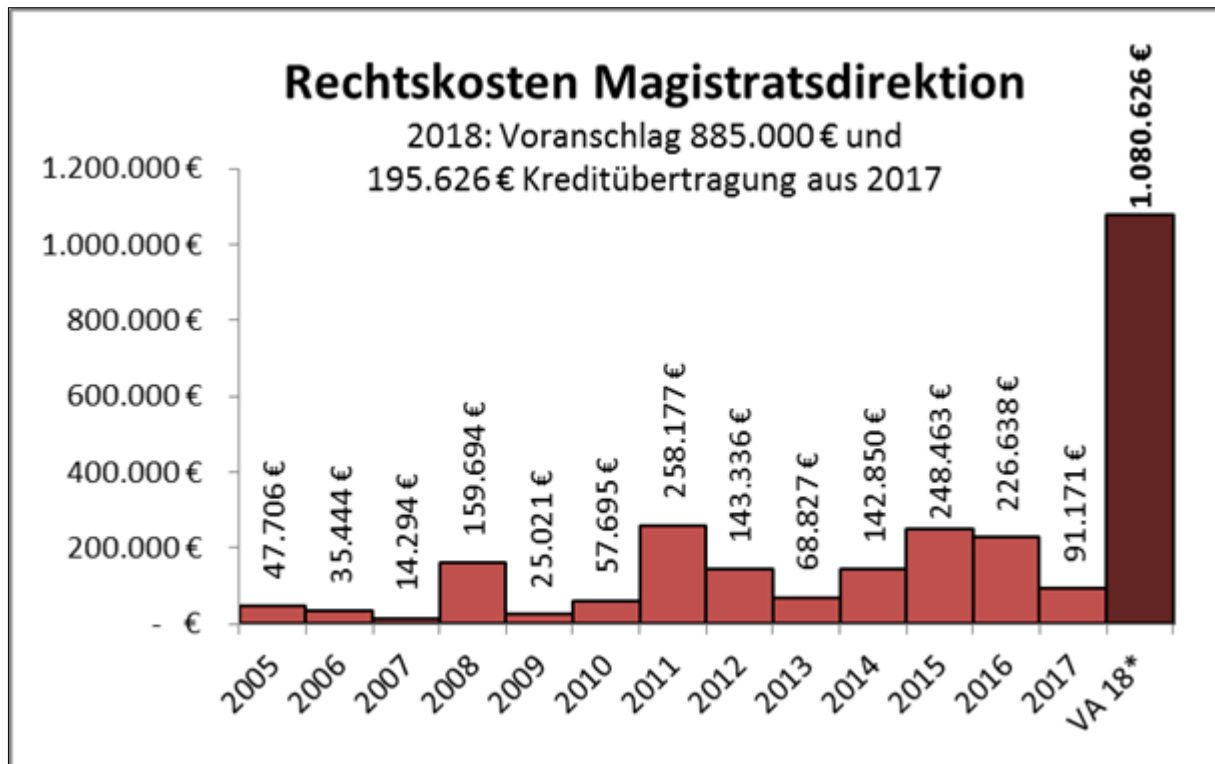
Besonders auffällig sind Beratungsleistungen für Kreditvermittler. Alleine 2017 sollen für die Vermittlung von Krediten 200.000 Euro an ein Wiener Finanzunternehmen geflossen sein. Ein Erfolgsnachweis, dass dadurch bessere Kredit-Konditionen erreicht wurden, fehlt jedoch bis dato. Unklar ist auch, wie viel in den letzten Jahren für Kreditvermittler ausgegeben wurde und ob diese Praxis 2018 vom Finanzreferenten fortgesetzt wird.

Ungeklärt ist auch, ob die Auftragsvergaben vorschriftskonform vergeben wurden, da der Gemeinderat offensichtlich erst im Nachhinein über diese zusätzlichen Kosten informiert wurde und damit eine Kreditüberschreitung genehmigen müsste.

Linzer Aktenaffäre ist um eine neue Facette reicher: Neben den Beratungskosten in der Finanzverwaltung gibt es auch massiv steigenden Rechtskosten in der Magistratsdirektion.

Für die Magistratsdirektion sind im Voranschlag 2018 außergewöhnlich hohe Ausgaben für Rechtskosten budgetiert. Konkret handelt es sich um 885.000 Euro! Dazu kommen noch Kreditübertragungen von 195.626 Euro aus dem Vorjahr, **sodass heuer 1,08 Millionen Euro an Ausgaben für Rechtskosten in der Magistratsdirektion** geplant sind. Angeblich sollen von den 1,08 Millionen Euro,

600.000 Euro alleine für Rechtsanwaltskosten des Bürgermeisters und weiterer Mitarbeiter in der Aktenaffäre veranschlagt sein. Offen ist, wofür die verbleibenden 400.000 Euro verwendet werden.



Weitere ÖVP-Anträge in der kommenden Gemeinderatssitzung:

- „Fahrrad-Garagen“ an den Haltestellen der Neuen Schienenachse
- Bewusstseins- und Sicherheitskampagne für Radler nach Grazer Vorbild + Hauptplatz zur Begegnungszone machen

Gemeinsame Gemeinderatsanträge ÖVP, Grüne und Neos:

- Aktenaffäre: Überprüfung sämtlicher behördlicher Bereiche des Magistrats
- Genauere Auswertung der Linzer Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2017 (nicht nur nach 5 Stadtgebieten sondern nach 13 Stadtteilen wie 2011).